**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 111 (2017)

**Heft:** 3

**Artikel:** Konsequenzen aus dem Syrienkrieg : kritische Fragen an Linke und Pazifistinnen

**Autor:** Zumach, Andreas

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-731270

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Andreas Zumach

# Konsequenzen aus dem Syrienkrieg

**Kritische Fragen an Linke und PazifistInnen**

*Die UNO hat im Rahmen des Syrienkriegs versagt. Wie schon in anderen Konflikten müsste sie neu bestimmt und aufgestellt werden, um jenseits des Sicherheitsrats handlungsmächtig zu sein.*

*Das Beispiel Syrien zeigt aber auch, wie die Folgen der Kolonialgeschichte und die Politik des Westens seit 1945 eine Emanzipation von krisengeschüttelten Ländern bis heute verunmöglichen.*

**Im nun** schon sechs Jahre währenden blutigen Mehrfrontenkrieg in Syrien ist die UNO stärker gescheitert und hat der «demokratische» Westen (EU , USA, Schweiz u.a.) mehr versagt als in irgendeinem anderen Konflikt seit Ende der Ost-West-Blockkonfrontation vor einem Vierteljahrhundert. Russland hat zuletzt lediglich einen Pyrrhussieg errungen, welcher der Regierung in Moskau künftig noch erhebliche Probleme bereiten dürfte. In Syrien zeigt sich noch deutlicher als in Afghanistan, dass der seit September 2001 geführte «Krieg gegen den Terrorismus» völlig gescheitert und kontraproduktiv ist. Zudem wirft der Syrienkrieg kritische Fragen auf an Linke wie an PazifistInnen.

## Grenzen der UNO

Verantwortlich für das politische Versagen der UNO, den Krieg und die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Syrien zu beenden sowie eine politische Lösung zu vermitteln, war (und ist möglicherweise auch weiterhin) die durch die gegensätzlichen Interessen der beiden Vetomächte USA und Russland bedingte Blockade des Sicherheitsrates. Überwinden liessen sich derartige Blockaden nur durch die Generalversammlung. Sie müsste künftig früher und entschiedener die bereits im Koreakonflikt 1950 mit der Resolution «United for Peace» geschaffene Möglichkeit ergreifen, um handlungsmächtig zu werden, wenn der Sicherheitsrat seine in der UNO-Charta festgelegte Verantwortung zur «Bewahrung/ Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit» nicht wahrnimmt. Darüber hinaus sollte die Generalversammlung künftig die Kompetenz erhalten, zumindest in eindeutig belegten Fällen von drohendem oder bereits begonnenem Völkermord und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit selber UNO-Truppen zu entsenden, wenn der Sicherheitsrat zu einem entsprechenden Beschluss nicht in der Lage ist. Im Idealfall bestünden UNO-Truppen künftig nicht mehr aus ad hoc zusammengestellten Kontingenten von Streitkräften der Mitgliedsstaaten, die ihre nationalen Interessen verfolgen. Stattdessen sollte die UNO eine eigene ständige Blauhelm- oder Polizeitruppe erhalten, bestehend aus BürgerInnen der Mitgliedsstaaten, die bei der UNO gemeinsam für ihre Aufgaben ausgebildet werden. Es wäre wünschenswert und würde die Glaubwürdigkeit von PazifistInnnen erhöhen, wenn diese sich aktiv für den Aufbau einer solchen

UNO-Truppe engagieren könnten, verbunden mit der Forderung nach dem Abbau aller nationalen Streitkräfte.

Die völlig unzureichende humanitäre Versorgung der überlebenden Opfer des Syrienkrieges – vor allem der Millionen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Jordanien, Libanon und Irak – ist das gemeinsame Versagen aller 193 UNO-Mitglieder. Besondere Verantwortung für dieses Versagen tragen jedoch die reichen Industriestaaten des Nordens, aber auch die Ölstaaten der Golfregion. Eine Wiederholung dieses Versagens lässt sich nur verhindern durch ein neues Modell zur verbindlichen und verlässlichen Finanzierung der Weltorganisation und ihrer Aufgaben: einen Pflichtbeitrag aller Mitgliedsstaaten in Höhe von 0,05 Prozent ihres jeweiligen Bruttosozialprodukts würde ausreichen.

### Folgen der Kolonialgeschichte

Die Konflikte in Syrien und zuvor bereits in Tunesien, Ägypten und Libyen sowie anderen Ländern des Krisenbogens zwischen Marokko und Pakistan sind in erster Linie die Folge von 400 Jahren europäischer und osmanischer Kolonialgeschichte. Während dieser 400 Jahre prägten sich in Europa und im seit dem 17. Jahrhundert von europäischen «Wirtschaftsflüchtlingen» besiedelten Nordamerika nationale Identitäten aus. Die Staaten verständigten sich über Grenzen, und es kam zum Aufbau tragfähiger nationaler Volkswirtschaften, mit denen die jeweilige Bevölkerung ernährt und ihre existenziellen Grundbedürfnisse befriedigt werden konnten. Das war die soziökonomische Voraussetzung für den Aufbau stabiler politischer Strukturen, für die Etablierung von Demokratie und Gewaltenteilung sowie für die zumindest weitgehende Trennung von Religion und Politik. Eine solche eigenständige Entwicklung war den Völkern und Ländern im Krisenbogen während der Kolonialzeit nicht möglich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie formal unabhängige Nationalstaaten, eine eigenständige Entwicklung war ihnen aber weiterhin nicht erlaubt. Der Westen, unter der Führung der USA, unterstützte in den letzten siebzig Jahren wegen seiner Interessen an einer gesicherten und möglichst preiswerten Versorgung mit Öl sowie an «Stabilität» in ausnahmslos allen Ländern der Region die Diktaturen. Er half diesen mit Waffen, Folterinstrumenten, Geheimdienstkooperation etc., die emanzipatorischen und demokratischen Kräfte zu unterdrücken und zu vernichten. Auch die Sowjetunion bzw. Russland praktiziert(e) diese Politik und inzwischen auch China, das in dieser Region zunehmend Wirtschafts- und Ressourceninteressen verfolgt.

Das ist der Hauptgrund für die prekäre innergesellschaftliche Situation in den Ländern zwischen Marokko und Pakistan. In dieser Weltregion fanden die meisten Gewaltkonflikte seit Ende des Zweiten Weltkriegs statt. Zudem befinden sich viele der «gescheiterten Staaten» dort. 95 Prozent aller islamistisch gerechtfertigten Gewalttaten seit Ende des Kalten Krieges wurden in dieser Region verübt. Und aus dieser Region kommen die meisten Flüchtlinge. Aktuell hält der Westen ausgerechnet die wahabitische Königshausdiktatur in Saudiarabien (grösster Empfänger von Waffen aus der EU, der Schweiz und den USA) für seinen wichtigsten Verbündeten: den Hauptsponsor des sogenannten «Islamischen Staates» und anderer sunnitischer Gewaltakteure und Terrorgruppen – auch in Syrien.

Solange der Westen an dieser Politik festhält, lassen sich die Gewaltkonflikte, der Zerfall von Staaten, islamistisch gerechtfertigter Terror sowie Flüchtlingsbewegungen in und aus dieser Krisenregion nicht beenden. Und die Ursachen lassen sich erst recht nicht überwinden. Dafür erforderlich wären zunächst die entschiedene Abkehr vom bisherigen Hauptverbündeten Saudiarabien sowie die Beendigung all der schädlichen Politiken, welche die Lebensbedingungen für die Menschen dieser Region zusätzlich erschweren:

Rüstungsexporte; das Dumping hoch subventionierter Exporte von Agrarüberschüssen aus der EU; ungerechte und ausbeuterische Handelsverträge (wie zum Beispiel die sogenannten «Europäischen Partnerschaftsabkommen» der EU mit nord- und westafrikanischen Staaten); Landgrabbing und die Ausbeutung der Küstengewässer afrikanischer Staaten durch Fischereiflotten aus der EU. Darüber hinaus sind konstruktive Massnahmen erforderlich. Zum Beispiel eine Ausbildungsinitiative für die in allen Ländern der Region dringend benötigten Fachkräfte in sämtlichen nichtakademischen Berufen. Hier könnten die Schweiz, Österreich und Deutschland mit ihrem in der Welt einzigartigen dualen Ausbildungssystem einen wesentlichen Beitrag leisten.

### Streben nach Menschenrechten

Nur mit der Korrektur schädlicher Politiken des Westens und mit konstruktiven Massnahmen zur ökonomischen und damit auch politischen Stabilisierung der Länder des Krisenbogens lassen sich Nährboden und Nachwuchspotenzial für islamistisch gerechtfertigen Terrorismus austrocknen. Der seit den Anschlägen vom 11. September 2001 geführte «Krieg gegen den Terrorismus» ist gemessen an seinen damals erklärten Zielen nicht nur völlig gescheitert, sondern hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Im Unterschied zu Afghanistan kommt in Syrien noch erschwerend hinzu, dass sich die USA, Russland und die Türkei nicht einig sind, welche der sunnitischen Rebellenmilizen «Terrorgruppen» sind und welche «legitime Opposition» – oder ob die KämpferInnen der kurdischen PYD «TerroristInnen» sind oder die wichtigste Bodentruppe im Kampf gegen den IS.

Auch von Menschen mit linkem Selbstverständnis war in den letzten Jahren die Einschätzung zu hören, unter Assad in Syrien (oder Gaddafi in Libyen, Mubarak in Ägypten, Hussein im Irak usw.) sei die Lage doch «stabil» gewesen und hätten die verschiedenen religiösen oder ethnischen Gruppen «unbehelligt und in Frieden miteinander gelebt». Erst durch die «Intervention des Westens» sei alles schlimmer geworden. Dazu zwei Anmerkungen.

Erstens: Diese Darstellung der Lage im Vorkriegssyrien ist eine Beschönigung. Die Regierungen von Vater und Sohn Assad waren und sind eine brutale Diktatur, unter der zehntausende tatsächliche oder auch nur vermeintliche KritikerInnen der Regierung in Gefängnissen und Folterkellern verschwanden oder ermordet wurden. 1982 liess Vater Assad nach einem Aufstand der Muslimbrüder in Hama 20000 Sunniten abschlachten.

Zweitens: Bei aller richtigen und notwendigen scharfen Kritik an der Einmischung der USA, Saudiarabiens und anderer Länder in den Syrienkonflikt sei daran erinnert, dass am Beginn dieses Konflikts im März 2011 (sowie zunächst auch in Tunesien, Ägypten und Libyen) völlig gewaltfreie Demonstrationen von Menschen standen, die grundlegende Freiheits- und Menschenrechte einforderten – Rechte, die seit 1945 universelle Gültigkeit erlangt haben und die wir im Westen seitdem für unser Leben für selbstverständlich halten. Das Streben der Menschen in den Ländern des Krisenbogens von Marokko bis Pakistan nach diesen universellen Rechten ist durch die negative Konfliktentwicklung in Syrien, Libyen und Ägypten keineswegs erledigt. Dieses Streben wird alle Länder der Region erfassen – auch Saudiarabien oder Iran.

Es wäre Aufgabe der Linken in Europa, die emanzipatorischen demokratischen Kräfte in diesen Ländern auf intelligente Weise zu unterstützen, ohne Bevormundung oder schädliche Einmischung. ●

*Andreas Zumach, *1954, ist Journalist und Publizist. Seine Themengebiete umfassen Völkerrecht, Menschenrechts- und Sicherheitspolitik sowie die Rüstungskontrolle. Als Korrespondent verschiedener Medien, u.a. der* taz *und der* WOZ, *lebt und arbeitet er in Genf. 2009 wurde er mit dem Göttinger Friedenspreis geehrt.*

*zumach@taz.de*